

# Androids EU-Problem

## EU untersucht Zusammenhänge zwischen Android-Monopol und Google-Suche

**Die EU-Kommission wirft Google vor, seine Dominanz im Smartphone-Markt zu missbrauchen. Google stütze seine Suchmaschine durch vorinstallierte Apps und Zahlungen an Provider und unterdrücke Alternativ-Androids.**

VON JÖRG WIRTGEN

Die Europäische Kommission hat ein schon länger laufendes Verfahren gegen Googles Suchmaschine auf das Smartphone-Betriebssystem Android ausgeweitet. Sie sieht drei Verstöße gegen EU-Kartellrecht: Google zwingt Hersteller zur Google-Suche und zum Chrome-Browser, Google behindere Geräte mit Android-Forks wie Cyanogen OS und Google be-

zahlte Gerätehersteller und Provider dafür, die Google-Suche vorzuinstallieren.

Android selbst ist zwar Open Source und jeder Hersteller darf Geräte damit verkaufen. Aber die Geräte brauchen Zugang zu Apps – und der mit Abstand größte App-Supermarkt ist Googles Play Store. Will ein Hersteller den installieren, diktiert Google die Bedingungen: Viele Google-Apps müssen ebenfalls installiert sein, darunter der Browser Chrome und die App Google Suche – und das stärkt die Google-Suchmaschine laut EU kartellrechtlich unzulässig.

Mit dem gleichen Hebel verhindert Google laut EU die Forks – also Android-Weiterentwicklungen auf Basis der Open-Source-Variante. Die Google-Apps bekommen nur Hersteller, die ein „Anti-Fragmentation Agreement“ unterzeichnen. Der genaue Inhalt ist unbekannt, die Hersteller

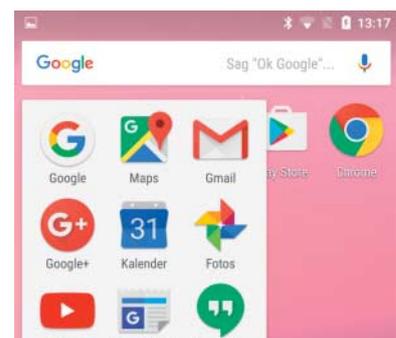
dürfen Geräte mit solchen Forks offenbar bestenfalls unter Auflagen verkaufen: So hat der kleine Hersteller BQ zwar außer Android-Geräten auch welche mit dem Fork Cyanogen OS im Angebot, doch auf denen prangen ebenfalls die Google-Suche und Chrome auf dem Startbildschirm. Die Alternative, einen Android-Fork inklusive eigenem Appstore ganz ohne Google zu wuppen, schafft derzeit nur Amazon mit dem Fire OS seiner Tablets.

Der dritte Vorwurf der EU-Kommission besagt, dass Google einige Hersteller und Mobilfunkprovider dafür bezahlt habe, ihre Geräte mit der Google-Suche auszuliefern. Die Provider sind ein wichtiges Ziel für Google, weil sie die Voreinstellungen der Gerätehersteller zugunsten eigener Dienste umstellen könnten. Nicht nur Android ist betroffen: So wurde im Rahmen des Oracle/Google-Streits bekannt, dass Google eine Milliarde US-Dollar an Apple dafür gezahlt hat, auf den iPads und iPhones die Standardsuche zu stellen.

### Kaum Widerspruch

Google will mit der EU-Kommission kooperieren, entkräftigt die Vorwürfe aber nicht so recht: Die Gewinne aus den Google-Apps seien zur Entwicklung von Android wichtig. Doch sei der Nutzer nicht beeinträchtigt, weil er sich konkurrierende Apps installieren könne.

Sollte Google verurteilt werden, droht ein Bußgeld von maximal 10 Prozent eines Jahresumsatzes, der 2015 etwa 75 Milliarden US-Dollar betrug. Zusätzlich muss Google vielleicht in Android einbauen, dass Nutzer die Suchmaschine und den Browser wählen können. In einem ähnlichen Fall hatte die EU Microsoft nicht nur zu einer Milliardenstrafe verurteilt, sondern auch durchgesetzt, dass die Windows-Installation den Nutzer nach dem Standardbrowser fragt. (jow@ct.de)



Google zwingt die Hersteller zu vielen Apps inklusive der Google-Suche.

## Meinung



JÖRG WIRTGEN

## Wirtschaftsförderung

Das Vorgehen der EU-Kommission sieht wie Verbraucherschutz aus, ist es aber nur nebensächlich. Die EU hat an der starken Verbreitung von Android nichts auszusetzen, will also nicht Apple, Mi-

crosoft oder die noch kleineren Mobilsysteme stützen. Auch Googles Monopol beim Appstore stört sie offenbar nicht. Darunter und unter der Vorinstallation der Google-Apps leidet der Nutzer ja tatsächlich nur wenig. Hier stimmt Googles Argument: Die User nutzen Apps wie WhatsApp, Facebook und Spotify statt der vorinstallierten von Google, weil sie einen direkten Mehrwert schaffen.

Der Wechsel einer Suchmaschine bringt dem Nutzer aber kaum Vorteile: Google hat nicht den Ruf, meinungsbeeinflussend einseitig zu sein; die wohl am stärksten profitierende Microsoft-Suche Bing legt wie Google Suchprofile an. In beiden Trefferlisten steht oben, wer am meisten zahlt, und das ist nicht immer eindeutig als Werbung erkennbar.

Ein stärkerer Wettbewerb der Suchmaschinen lässt die Preise purzeln, die werbetreibende Unternehmen für die Platzierungen zahlen – Wirtschaftsförderung also. Die Nutzer müssen jedoch weiter achtgeben, versteckte Werbung als solche zu identifizieren.